



000369

375 015 / 25911 mm2 / 0

Seite / Page . 2

Grindelwald 3818
Aufl./Tl. 6x wöchentlich 2354

29.04.98

Start der Lehrstellen-Initiative

Fonds zur Schaffung von Lehrstellen und Recht auf Ausbildung



Unkonventionelle Präsentation der Lehrstellen-Initiative: Gegen Schlafmützen – Lehrstellen für alle.
(Foto: Keystone)

ag. Jugendorganisationen, Jungparteien und Gewerkschaftsjugend haben am Dienstag die «Lehrstellen-Initiative» (lipa) lanciert. Darin wird das Recht auf eine berufliche Ausbildung verlangt. Der Bund soll dafür einen Berufsbildungsfonds errichten, der mit Arbeitgeberbeiträ-

gen gespiesen wird.

Weniger als 30 Prozent der Betriebe böten heute Lehrstellen an, erklärten die Initianten der Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot» an einer Pressekonferenz in Bern. Zudem fehlten laut dem neu geschaffenen Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) noch über 7000 Ausbildungsplätze. Für ein genügend grosses Angebot brauche es mehr als 7000 zusätzliche Lehrstellen, nämlich etwa 10 000.

Dem Lehrstellenmangel soll mit der Lehrstellen-Initiative begegnet werden. Denn die im Lehrstellenbeschluss vom Parlament im April 1997 für drei Jahre bewilligten 60 Mio. Franken und

die BBT-Motivationskampagne reichten nicht aus. Alle Betriebe müssten ihren Beitrag zur Lehrlingsausbildung leisten.

Berufsbildungsabgabe

Die Initiative verlangt von Bund und Kantonen, dass sie für ein genügendes Angebot an ausreichender beruflicher Ausbildung sorgen. Dafür soll ein unter Bundesaufsicht stehender Fonds geäufnet werden. Die vorgeschlagene Finanzierung basiere auf einer Mischung des Bonus-Malus-Systems und des Modells des Kantons Genf, mit dem seit Jahren die Berufsbildung gefördert werde, erklärte SGB-Sekretär Peter Sigerist.

In den Fonds mit einem Mindestumfang von 400 Mio. Franken sollen Unternehmen eine Berufsbildungsabgabe einzahlen. Dieser Betrag entspricht 1998 etwa 100 Franken pro Jahr und Arbeitnehmer. Wer vier bis sechs Lehrlinge auf 100 Beschäftigte ausbildet, muss nichts bezahlen, da er seine Ausbildungskosten in Rechnung stellen kann.

Die Sammelfrist für die erforderlichen 100 000 Unterschriften läuft bis zum 28. Oktober 1999. Parallel zur Initiative wurde eine Petition mit gleichem Inhalt gestartet. Diese können auch unter 18jährige sowie Ausländerinnen und Ausländer unterschreiben.

